

Kapitel 18 Neuaufstellung der deutschen Sicherheitsarchitektur nach 2022

Marie-Agnes Strack-Zimmermann

Abstract: Der Überfall Russlands auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende in der europäischen Geschichte. Mit seinem Befehl zum Einmarsch in das Nachbarland hat Wladimir Putin nicht nur das europäische Sicherheitsgerüst ins Wanken gebracht. Er stellt auch die weltweit geltende, regelbasierte Friedensordnung infrage. Auf die veränderte sicherheitspolitische Realität muss Deutschland reagieren: Wenn wir weiter in Frieden und Freiheit leben wollen, dann brauchen wir nicht nur eine wehrfähige, voll ausgestattete Bundeswehr. Deutschland muss auch mehr Verantwortung übernehmen. Unsere Geschichte verpflichtet uns dazu.

Schlüsselwörter: Angriffskrieg, Zeitenwende, Sicherheitsgerüst, Friedensordnung, Bundeswehr, Sondervermögen, Nationaler Sicherheitsrat

1. Einleitung

Am 24. Februar 2022 geschah das Unfassbare: Wladimir Putin griff zum zweiten Mal nach 2014 die Ukraine an. Der Angriff richtet sich von Anfang an nicht nur gegen militärische, sondern auch und besonders gegen zivile Einrichtungen. Mit diesem Zivilisationsbruch stellt Putin auch die regelbasierte Friedensordnung auf den Kopf, die 1947 nach den grauenvollen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs in der Charta der Vereinten Nationen festgeschrieben worden war: „Alle Mitglieder unterlassen [...] jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete [...] Androhung oder Anwendung von Gewalt“¹. Diesem zentralen Grundsatz zur Wahrung des weltweiten Friedens und der internationalen Sicherheit hatte seinerzeit auch Russland zugestimmt. Von Putin ignoriert, annektierte er bereits 2014 die Krim. Rückschauend als „Generalprobe“ dessen, was am 24. Februar 2022 folgen sollte.

1 UNRIC: Charta der Vereinten Nationen, Art. 2(4).

2. Herausforderungen deutscher Sicherheitspolitik

Bereits 2007 ließ Putin in seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz unzweideutig wissen, dass er eine neue Weltordnung anstrebt, in der Russland wieder die Rolle einer Weltmacht übernehmen werde.² In einem Artikel mit dem Titel „Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern“³, den er ein halbes Jahr vor dem Überfall auf die Ukraine im Juli 2021 veröffentlichte, offenbarte der russische Präsident seine imperialistischen Großmachphantasien. Der Herrscher des Kremls behauptete nicht nur, dass die Ukraine auf Gebiet entstanden sei, welches Russland geraubt wurde, sondern auch, dass die staatliche Souveränität der Ukraine ultimativ von der Duldung Moskaus abhinge.⁴ Damit stellte er völkerrechtswidrig die territoriale Integrität der Ukraine in Frage.

Präsident Putin hält den Zerfall der Sowjetunion „für die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“⁵, weil seiner Auffassung nach Russland damit an Bedeutung verloren hat. Deshalb ist es das zentrale Ziel seiner Außenpolitik, das Land wieder zu einer Weltmacht zu machen und auf dem Weg dorthin als ersten Schritt die Ukraine zurück unter russische Herrschaft zu zwingen.⁶ Der russische Angriff auf die Ukraine stellt deshalb nicht nur unmittelbar die Sicherheit und die Prinzipien der Zusammenarbeit in Europa in Frage⁷, es ist auch der Kampf der Systeme Autokratie versus Demokratie in der Welt.

2 Putin, Wladimir: Speech and the Following Discussion at the Munich Conference on Security Policy, 10. Februar 2007.

3 Putin, Wladimir: On the Historical Unity of Russians and Ukrainians, 12. Juli 2021.

4 Dickinson, Peter: „Putin’s new Ukraine essay reveals imperial ambitions“, Atlantic Council, 15. Juli 2021.

5 NBC News: „Putin: Soviet collapse a ‘genuine tragedy’“, 25. April 2005; Lechner, Gerhard: „Putin will zur Sowjetunion zurück“, Wiener Zeitung, 14. Februar 2022.

6 Interessanterweise stand die Ukraine in ihrer langen Geschichte nur knappe 200 Jahre unter russischer Herrschaft, und zwar von Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Zerfall der Sowjetunion. Zuvor (und insgesamt viel länger) stand die Ukraine unter westlichem Einfluss. Das Land wurde schon in der frühen Neuzeit in Europa als eigenständiges Land wahrgenommen, auch wenn es seine staatliche Eigenständigkeit schließlich erst 1991 erhielt (vgl. Lechner, „Putin will zur Sowjetunion zurück“; Kappler, Andreas: Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer vom Mittelalter bis zur Gegenwart. C. H. Beck: München 2017).

7 Die Bundesregierung: Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022; Bundeszentrale für Politische Bildung: 45 Jahre Schlussakte von Helsinki, 2020.

Das hat langfristig auch tiefgreifende Konsequenzen für die deutsche Sicherheitspolitik. Das Ende des Ost-West-Konflikts nach dem Fall der Mauer 1989 veränderte die Bedrohungswahrnehmung der Deutschen, die sich von nun an ausschließlich umringt von Freunden fühlten. Im Laufe der Jahrzehnte verlagerte sich der Fokus deutlich von der äußeren hin zur inneren Sicherheit. In den letzten Jahren stand vor allem die Frage im Zentrum der politischen und gesellschaftlichen Diskussion, wie wir unsere Demokratie und freie und offene Gesellschaft vor extremistischen und terroristischen Angriffen schützen können.

Über Deutschlands äußere Sicherheit haben sich dagegen nur wenige Gedanken gemacht. In der politischen und gesellschaftlichen Diskussion wurde diese Frage nicht ernsthaft diskutiert. Ungeachtet dessen, was sich weltweit für Krisen aufbauten, sah man dafür offensichtlich keinen wirklichen Grund. Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine hat sich das schlagartig geändert. Drei Tage danach sprach Bundeskanzler Olaf Scholz im Deutschen Bundestag zurecht von einer Zeitenwende.⁸ Denn mit Putins Befehl zum Einmarsch in das russische Nachbarland wurde nicht nur das europäische Sicherheitsgerüst ins Wanken gebracht. Der ganze Globus ist seitdem sicherheitspolitisch in Unwucht geraten.

Die russische Außenpolitik wurde in den vergangenen Jahren nicht zufällig deutlich imperialistischer. Für die Vereinigten Staaten wurde im Laufe der letzten Jahrzehnte China der größte Konkurrent im Wettbewerb der politischen Systeme. Ihr sicherheitspolitischer Fokus ist daher entsprechend auf den Indopazifik gerichtet. Russland galt bereits unter der Administration Obama lediglich als „Regionalmacht“.⁹ Während die US-amerikanische außenpolitische Aufmerksamkeit also nicht mehr primär dem transatlantischen Bündnis galt, während der französische Präsident Emanuel Macron die NATO frustriert als „hirntot“¹⁰ bezeichnete, fokussierte sich Putin immer deutlicher auf seine Nachbarstaaten Belarus und Ukraine.

Dass im Herzen Europas noch einmal Panzer rollen würden, war für alle Verantwortlichen spätestens nach dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr vorstellbar. Cyber-Angriffe und asymmetrische Bedrohungen sowie Konflikte zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren fanden sich im Weißbuch der Bundeswehr als hauptsächliche Bedrohungsszenarien

⁸ Die Bundesregierung, Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022.

⁹ Welt: „Obama verspottet Russland als ‚Regionalmacht‘“, 25. März 2014.

¹⁰ Tagesschau: „Macron nennt NATO ‚hirntot‘“, 7. November 2019.

wieder.¹¹ Erst die völkerrechtswidrige russische Annexion der Krim rückte die Landes- und Bündnisverteidigung wieder ins Zentrum deutscher Sicherheitspolitik. Heute sind wir in der Realität angekommen. Wir brauchen wieder eine wehrfähige, voll ausgestattete Bundeswehr, denn sie wurde nach dem Fall der Mauer schlichtweg kaputt gespart. Über 25 Jahre hat sich die Bundesregierung, wenn im Haushalt Mittel gesucht wurden, immer wieder am Verteidigungshaushalt bedient. Die Bundeswehr wurde auf 182.000 Männer und Frauen verkleinert, wichtige Investitionen in Material und Infrastruktur auf unbestimmte Zeit verschoben. Seit 2014 wurde der Wehretat zwar sukzessiv erhöht, aber die komplette Einsatzbereitschaft wiederherzustellen, wird dem noch lange nicht gerecht.

Das Bundeswehr-Sondervermögen über 100 Milliarden Euro ist nun die große Chance, die Bundeswehr zu modernisieren, damit sie auch ihre internationalen Verpflichtungen im Rahmen der EU und der NATO erfüllen kann. Der über Jahre auf maximale Effizienz und Sparsamkeit ausgerichteten Bundeswehr fehlt heute die Fähigkeit, bei Bedarf ihren Aufgaben gleichzeitig weltweit nachzukommen. Angesichts der sicherheitspolitischen Realität ist das nicht mehr zeitgemäß. Die Bundeswehr muss so ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben nicht nur nacheinander, sondern auch gleichzeitig erfüllen kann. Dies muss gegebenenfalls auch innerhalb kürzester Zeit möglich sein. Dazu braucht es nicht zwingend mehr Personal. Militärische Stärke definiert sich nicht ausschließlich über die Anzahl der bewaffneten Personen.

Es kommt vielmehr auf eine exzellente Ausbildung und die zur Verfügung stehenden Waffensysteme sowie die Infrastruktur an. Wenn die Kampfschwimmer seit zehn Jahren auf dem Trockenen sitzen, weil ein Trainingsschwimmbad fehlt oder Piloten ihre Lizenz verlieren, weil Hubschrauber nicht abheben und sie deshalb die notwendigen Flugstunden nicht erfüllen können, dann ist das ein riesiges Problem. Im schlimmsten Fall müssen die Soldaten Fähigkeiten abmelden, weil sie für ihre Einsätze nicht üben können. Gute Leute wird die Bundeswehr in Zukunft aber nur dann bekommen und auch nur dann halten können, wenn das entsprechende Material zur Verfügung steht. Denn Einsatzbereitschaft bedeutet Attraktivität. Der Ehrlichkeit halber gehört aber auch erwähnt: Der schlechte Zustand der Bundeswehr ist nicht nur eine Frage des Geldes und komplizierter Beschaffungsregeln, sondern auch eine von Organisation und effizienter Führung. Die Bundeswehr hat zu viele Führungspositionen

11 Bundesministerium der Verteidigung: Weißbuch 2016.

und Führungsstäbe. Für eine höhere Einsatzbereitschaft braucht es aber deutlich mehr Truppe.

Wir brauchen eine starke und schlagkräftige Bundeswehr, um auf die veränderte Sicherheitslage reagieren und unserer Verantwortung in der Welt gerecht werden zu können. Deutschland ist in verschiedene Bündnisse eingebunden. Unsere Partner müssen sich zu hundert Prozent auf uns verlassen können. Sie erwarten auch, dass Deutschland Führung übernimmt. In der Weltfinanzkrise, die 2007 begann und sich in der Folge zur schlimmsten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit entwickelte, haben wir diese Rolle ganz selbstverständlich übernommen. Wenn es aber um die Sicherheit in Europa und der Welt geht, fremdeln wir damit Führung zu übernehmen. Es gibt Mitglieder in der Bundesregierung, die ausgesprochene Probleme damit haben, diese Verantwortung anzunehmen.

77 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs ist Deutschland eine stabile Demokratie und ein wirtschaftlich starkes Land. Gerade wegen unserer historischen Verantwortung sollten wir uns weltweit für Freiheit in Frieden engagieren. Auch unsere internationalen Partner erwarten das von uns. Vorangehen bedeutet dabei selbstverständlich nicht, die Bündnispartner nicht mit einzubinden. Im Gegenteil. Auch bilaterale Partnerschaften können gestartet werden und in einem großen Ganzen münden.

Auch deswegen sollte Deutschland die Einsetzung eines ständigen Nationalen Sicherheitsrats nach dem Vorbild des *U.S. National Security Council* vorantreiben. Dieses Gremium berät den amerikanischen Präsidenten in Angelegenheiten der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es analysiert abseits der Tagespolitik ressortübergreifend internationale Entwicklungen, die entweder bereits Auswirkungen auf das eigene Land haben oder in Zukunft haben könnten. Ein solch ressortübergreifendes Frühwarnsystem wäre auch relevant für die zukünftige deutsche Sicherheitsarchitektur. Die meisten Ereignisse, die weltweit geschehen, betreffen in Folge auch uns in Europa. In einer globalen Welt sind wir von vielen Entwicklungen mittelbar betroffen, auch wenn sie auf der anderen Seite des Globus geschehen.

3. Fazit

Der Überfall Russlands auf die Ukraine geht uns unmittelbar etwas an. Wer die regelbasierte Ordnung mit Füßen tritt, und das im Herzen Europas, der muss mit dem Widerstand der freien westlichen Welt rechnen. Der Ausgang dieses Kriegs entscheidet darüber, ob in Zukunft wieder das *Recht des Stärkeren* oder die *Stärke der Rechtsstaatlichkeit* gilt. Wir wollen in

Frieden leben, unsere Demokratie und Freiheit bewahren, unseren Wohlstand mehren, den Sozialstaat erhalten und die Menschenrechte schützen, wie es unser Grundgesetz, die beste Verfassung der Welt, uns vorgibt.

Das Ziel unserer sicherheitspolitischen Strategie muss daher unmissverständlich sein. Wer unsere freiheitliche Rechtsordnung angreift, muss mit erbitterndem Widerstand rechnen.

Literaturverzeichnis

- Bundesministerium der Verteidigung: Weißbuch 2016, <https://www.bmvg.de/de/themen/dossiers/weissbuch>, 18.10.2022.
- Bundeszentrale für Politische Bildung: 45 Jahre Schlussakte von Helsinki, 2020, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/210407/45-jahre-schlussakte-von-helsinki/>, 18.10.2022.
- Dickinson, Peter: „Putin’s new Ukraine essay reveals imperial ambitions“, Atlantic Council, 15. Juli 2021, <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/ukrainealert/putin-s-new-ukraine-essay-reflects-imperial-ambitions/>, 18.10.2022.
- Die Bundesregierung: Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklärung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356>, 18.10.2022.
- Kappeler, Andreas: *Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer vom Mittelalter bis zur Gegenwart*. C. H. Beck: München 2017.
- Lechner, Gerhard: „Putin will zur Sowjetunion zurück“, Wiener Zeitung, 14. Februar 2022, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/2137588-Putin-will-zur-Sowjetunion-zurueck.html>, 18.10.2022.
- NBC News: „Putin: Soviet collapse a ‘genuine tragedy’“, 25. April 2005, <https://www.nbcnews.com/id/wbna7632057>, 18.10.2022.
- Putin, Wladimir: Speech and the Following Discussion at the Munich Conference on Security Policy, 10. Februar 2007, <http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/24034>, 18.10.2022.
- Putin, Wladimir: On the Historical Unity of Russians and Ukrainians, 12. Juli 2021, <http://en.kremlin.ru/events/president/news/66181>, 18.10.2022.
- Tagesschau: „Macron nennt NATO ‚hirntot‘“, 7. November 2019, <https://www.tagesschau.de/ausland/macron-nato-101.html>, 18.10.2022.
- UNRIC: Charta der Vereinten Nationen, <https://unric.org/de/charter/#kapitel1>, 18.10.2022.
- Welt: „Obama verspottet Russland als ‚Regionalmacht‘“, 25. März 2014, <https://www.welt.de/politik/ausland/article126190584/Obama-verspottet-Russland-als-Regionalmacht.html>, 18.10.2022.